



Die digitale Zukunft Baden-Württembergs

Bitkom-Handlungsempfehlungen zur neuen
Legislaturperiode in Baden-Württemberg

www.bitkom.org

bitkom

Herausgeber

Bitkom e. V.
Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
Albrechtstraße 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Lena Flohre | Bereichsleiterin Landespolitik
T 030 27576-123 | l.flohre@bitkom.org

Titelbild

© Sandra Ahn Mode – unsplash.com

Copyright

Bitkom 2021

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und /oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text das generische Maskulinum verwendet. Die männliche Bezeichnung bezieht sich dabei auf alle Geschlechter.

Executive Summary

- 1. Digitale Transformation der Wirtschaft:** Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass die Digitalisierung der Wirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland stark an Bedeutung gewonnen hat. Zugleich wurden aber vielen Unternehmen auch die eigenen Defizite bei den bisherigen Digitalisierungsbemühungen vor Augen geführt. Es gilt insbesondere KMU bei der digitalen Transformation finanziell zu unterstützen. Ziel muss sein, ein Innovationsklima im Land zu schaffen, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als starkes digitales Ökosystem weiter voranzubringen.
- 2. Künstliche Intelligenz:** Baden-Württemberg mit seinen Hidden Champions sollte auch zukünftig seinen Titel als »Land der Erfinder« erhalten und muss dazu auch den Einsatz digitaler Technologien mitdenken. Um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Unternehmen – gerade im Mittelstand – voranzubringen, ist es elementar, relevante Wertschöpfungsnetzwerke zu identifizieren. Es gilt ganzheitliche Konzepte zum Wissenstransfer zu entwickeln und den Wissensaufbau zu KI in Unternehmen voranzubringen.
- 3. Digitale Bildung:** Die derzeitige Ausnahmesituation für das deutsche Bildungssystem hat gezeigt, dass die Bedingungen für pädagogisch sinnvolles digitales Lernen an vielen Schulen weiterhin noch nicht gegeben sind. Künftig werden aber nur diejenigen in der modernen Lebens- und Arbeitswelt bestehen können, die über digitale Fähigkeiten verfügen. Die Menschen müssen daher auf ihrem gesamten Bildungs- und Berufsweg auf die digitalisierte Welt vorbereitet werden. Dazu müssen Lehrkräfte durch verpflichtende Weiterbildungen entsprechend ausgebildet werden, digitale Tools intensiver genutzt und digitale Bildung im Schulgesetz verankert werden.
- 4. Arbeitswelt der Zukunft:** Derzeit fehlen 86.000 IT-Fachkräfte in Deutschland. Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern mit der viertgrößten Dichte an IT-Spezialisten. Wir müssen die Fachkräfte-Lücke zügig schließen und vorhandenes Potenzial viel besser nutzen. Dazu müssen IT-Studiengänge gestärkt und Weiterbildungsangebote praxistauglich gestaltet werden. Der Fachkräfteeinwanderungsprozess muss digitaler und einfacher werden.
- 5. Gründungsstandort Baden-Württemberg:** Innovationen sind ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft und den Wettbewerb in Baden-Württemberg. Startups sind der Motor für solche Ideen und Geschäftsmodelle. Zukünftig sollte der Austausch zwischen Startups und potenziellen Kunden – etablierten Unternehmen, aber auch Ämtern und Behörden – noch stärker gefördert werden. Es muss auch in der kommenden Legislaturperiode darum gehen, ein startup-freundliches Ökosystem zu gestalten. Dazu muss die Bürokratie für Startups auf ein Minimum beschränkt werden und öffentliche Aufträge verstärkt an Startups vergeben werden.
- 6. Digitalisierung der Verwaltung:** Die staatliche Verwaltung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der digitalen Transformation in Baden-Württemberg ein. Zentraler Erfolgsfaktor für die Digitalisierung der Verwaltung ist die zügige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Es gilt den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen vollumfänglich zu digitalisieren und Schriftformerfordernisse noch mehr als zuvor abzubauen. Dabei ist es unerlässlich die Verwaltungskultur auch von innen heraus zu verändern.

- 7. Smart City und Smart Region:** Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche des Lebens und Wirtschaftens im Ländle. Nachdem die Digitalisierung in Großstädten in Baden-Württemberg erfolgreich vorangetrieben wurde, gilt es nun, die Digitalisierung auch in ländlichen Regionen zu stärken. Dazu sollten Erkenntnisse der Smart-City-Projekte stärker in die Fläche gebracht werden und die Finanzierung der Digitalisierung durch den Masterplan »Digitale Kommune« neu aufgestellt werden.
- 8. Mobilität der Zukunft:** Mit intelligenten Mobilitätslösungen können sich Bürgerinnen und Bürger einfacher in der Stadt und auf dem Land bewegen, gleichzeitig werden grundlegende Strukturen für die baden-württembergische Wirtschaft erhalten. Ziel ist es, ein digitales und nachhaltiges Mobilitätssystem zu schaffen. Dazu müssen Grundsatzvoraussetzungen für intelligente Mobilität geschaffen und das Autonome Fahren von der Teststrecke auf die Straße gebracht werden.
- 9. Gigabitgesellschaft:** Baden-Württemberg und Deutschland stehen vor der Aufgabe, eine im weltweiten Maßstab wettbewerbsfähige digitale Infrastruktur zu schaffen. Um die vielfältigen Potenziale wie vernetzte Verkehrslösungen, intelligente Stromnetze, Telemedizin und digitale Verwaltung nutzen zu können, bedarf es zukunftsfähiger und sicherer digitaler Netze. Deren Ausbau gilt es in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren entschlossen voran zu treiben. Dazu müssen Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfacht und maximales privatwirtschaftliches Engagement generiert werden.

Smartes Ländle – Digitale Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

Die vergangenen Monate haben unter dem Eindruck der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Beschränkungen verdeutlicht, welchen Wert die Digitalisierung für Menschen, Unternehmen und Politik in Baden-Württemberg hat. Sie bietet Chancen, um über Distanzen hinweg miteinander in Kontakt zu bleiben, um die Arbeit im Homeoffice fortzusetzen oder Verwaltungsgänge vom Sofa aus zu erledigen. Deutlich wurde dabei, dass diejenigen sehr viel besser durch diese anspruchsvolle Zeit kommen, die bereits zuvor digital gut aufgestellt waren.

Baden-Württemberg hat schon früh die richtigen Weichen für die digitale Transformation im Land gestellt. Bereits seit 2017 gibt es eine umfassende Digitalstrategie, die in sechs Schwerpunktbereichen die Digitalisierung vorantreiben und Baden-Württemberg zur Leitregion des digitalen Wandels machen soll. Dabei setzt das Land auf seine Stärken: Mit der Förderung des Testfeldes zum Autonomen Fahren beschäftigt sich das »Autoland« zukunftsweisend mit der intelligenten Mobilität. Außerdem wird die Anwendung Künstlicher Intelligenz gezielt gefördert. Seiner regionalen Vielfalt wird Baden-Württemberg durch Digital Hubs gerecht, die, verankert in der gesamten Fläche, ein fruchtbares Ökosystem für verschiedenste Akteure schaffen sollen.

Die Corona-Pandemie hat aber auch offengelegt, wo noch nachgesteuert werden muss: Seit Langem diskutiert die Politik auf allen Ebenen über die Stärkung der digitalen Bildung. Wie nötig sie ist und wo Schwachstellen liegen, wurde in den vergangenen Monaten sichtbar. Alle Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg sollten ein Recht auf digitale Bildung haben – im Lockdown und auch bei der Rückkehr zum Präsenzunterricht.

Wir müssen auch unsere Verwaltung konsequent weiter digitalisieren. Die Umsetzung des OZG muss hierfür weiterhin konsequent vorangetrieben und vor allem ein Kulturwandel innerhalb der Verwaltung vorgenommen werden. Denn nur eine schnelle und agile Verwaltung kann eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der digitalen Transformation einnehmen. Nicht zuletzt besteht die Gefahr, dass sich die Kluft zwischen digital gut aufgestellten Unternehmen und Nachzüglern bei der digitalen Transformation vergrößert. Die Politik sollte insbesondere kleine Unternehmen bei der digitalen Transformation unterstützen und ein innovationsförderndes Umfeld schaffen.

In der kommenden Legislaturperiode muss die Digitalisierung in allen Lebensbereichen entschieden vorangetrieben werden. Die Diskussion darf nicht das »ob«, sondern muss das »wie« der Digitalisierung sein. Nur wenn die digitale Transformation in Baden-Württemberg ganzheitlich erfasst und gestaltet wird, kann das Land zum führenden Digitalstandort werden. Mit den folgenden Handlungsempfehlungen möchten wir die kommende Landesregierung dabei unterstützen, hierfür die richtigen Akzente zu setzen.

1. Digitale Transformation der Wirtschaft

Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass die Digitalisierung der Wirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland stark an Bedeutung gewonnen hat. Zugleich wurden aber vielen Unternehmen auch die eigenen Defizite bei den bisherigen Digitalisierungsbemühungen vor Augen geführt. Nicht alle Unternehmen sind gleichermaßen in der Lage ihre Geschäftsprozesse und -modelle zu digitalisieren. Insbesondere kleinere Unternehmen stehen vor Herausforderungen. Dabei erschweren der Datenschutz, Anforderungen an die technische Sicherheit, fehlende Fachkräfte und fehlende finanzielle Mittel die digitale Transformation in Unternehmen. Es besteht die Gefahr, dass der Digitalisierungsschub durch Corona zu einer noch tieferen Spaltung in der deutschen Wirtschaft führt: In Unternehmen, die weitgehend im Analogen verharren, und in Unternehmen, die bei der Digitalisierung mit Tempo vorangehen.

Baden-Württemberg hat bereits in seiner Digitalstrategie im Jahr 2017 festgeschrieben, die regionale Wirtschaft bei der Digitalen Transformation zu unterstützen. Mit der »Initiative Wirtschaft 4.0« werden Leuchttürme im Land sichtbar gemacht und durch eine Digitalprämie sollen Unternehmen bei ihren Digitalisierungsmaßnahmen unterstützt werden. Es gilt diese Bemühungen auch in der neuen Legislaturperiode konsequent weiterzuführen, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als starkes digitales Ökosystem weiter voranzubringen.

Politische Handlungsvorschläge

- **KMU finanziell bei Digitaler Transformation unterstützen:** Durch die Digitalprämie können vor allem KMU gezielt gefördert werden. Baden-Württemberg sollte das Programm der Digitalprämie daher auch in der kommenden Legislaturperiode fortführen und sicherstellen, dass die Mittel unbürokratisch und schnell bei den Unternehmen ankommen.
- **Verstärkte Beratungen bei Datenschutzfragen ermöglichen:** Oftmals bremsen Datenschutzbedenken Digitalisierungsbemühungen von Unternehmen aus. Um mehr Beratungen und Weiterbildungen vor Ort anbieten zu können, bedarf es einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung der Landesdatenschutzbehörde.
- **Vernetztes digitales Ökosystem schaffen:** Die Politik muss einen aktiven Part übernehmen, damit sich die Wirtschaft in Baden-Württemberg transformiert und wettbewerbsfähig bleibt. Die Vermittlung von Kooperationen zwischen Startups, Mittelständlern und Global Playern sollte durch staatlich geförderte Projekte weiterhin unterstützt werden.
- **Forschungsschwerpunkte setzen und Anwendung von Technologien fördern:** Themen und Technologien, die weitere Innovationen versprechen und damit ein besonders hohes Marktpotenzial haben, sollten im Fokus der Forschungsförderung stehen, derzeit etwa Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Kommunikations- und Netzwerktechnologie, Cybersicherheit, Digitale Plattformen sowie Nano- und Mikroelektronik. Durch stärkeren Wissenstransfer sollten digitale Technologien auch verstärkt zur Anwendung in KMU kommen.

2. Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz ist eine Querschnitts- und Zukunftstechnologie, die sich für Anwendungen in praktisch allen Unternehmensbereichen eignet. Unternehmen halten Künstliche Intelligenz für herausragend wichtig, stoßen in der Nutzung aber auf zahlreiche Hürden. Das Resultat: noch viel zu wenig deutsche Unternehmen setzen KI ein. Insbesondere KMU sind zurückhaltend beim Einsatz der Technologien. Das birgt die Gefahr, den Wettbewerbsvorteil vor allem größerer Unternehmen, noch zu erhöhen, was nicht zuletzt auch an einem Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften liegt.

Baden-Württemberg mit seinen Hidden Champions sollte auch zukünftig seinen Titel als »Land der Erfinder« erhalten und muss dazu auch den Einsatz digitaler und datenbasierter Anwendungen und Technologien konsequent voranbringen. Durch das positive Innovationsklima und erfolgreiche Ökosysteme wie das Cyber Valley sowie vielfältige Startups bietet sich in der Digitalwirtschaft Baden-Württembergs die passende Grundlage, um die Nutzung von Zukunftstechnologien voranzutreiben. Es gilt nun Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Weiterentwicklung baden-württembergischer Unternehmen hin zu KI-Champions ermöglichen. Dies gelingt mit einer konsistenten Förderlandschaft und einer praxisnahen Ausbildung und Forschung an den Universitäten. So kann die erfolgreiche Erschließung der Chancen einer datengetriebenen und KI-basierten Ökonomie gelingen.

Politische Handlungsvorschläge

- **Ganzheitliches Konzept zum Wissenstransfer entwickeln:** Wissenstransfer von Forschung in die unternehmerische Anwendung gelingt durch Verzahnung von Forschung, großen Unternehmen, KMU und Startups. Baden-Württemberg sollte die Kooperation zwischen diesen Akteuren fördern und dabei auf nachhaltige Strukturen setzen.
- **Wertschöpfungsnetzwerke identifizieren:** Um KI zielgerichtet zu fördern, bedarf es der Konzentration auf regionale Stärken. Baden-Württemberg sollte hierzu relevante Branchen, insbesondere im Bereich Industrie 4.0 und der vernetzten und intelligenten Mobilität sowie der intelligenten Gesundheitsversorgung identifizieren und gezielt fördern.
- **KI als Querschnittskompetenz verbreiten:** KI muss in der Medizin, der Industrie 4.0, im Automobilbereich, dem Maschinenbau, der BWL und den Gesellschaftswissenschaften vermittelt werden. Sie muss aus dem Elfenbeinturm der Informatik geholt und in die Mitte der Hochschulen getragen werden. So wie es die sogenannte Bindestrich-Informatik gibt, muss künftig auch eine Bindestrich-KI gelehrt werden, also eine Medizin-KI oder eine Mobilitäts-KI. Hierzu braucht es einschlägige Lehrstühle und Studiengänge.

- **Wissensaufbau zu KI in Unternehmen und Organisationen voranbringen:**
 - **Weiterbildungsprogramm für die Top of the Tops einrichten:** KI muss in die Chefbüros getragen werden. Ziel ist es, Best Practices und Anwendungsfälle v.a. in KMUs anschaulich zu vermitteln. Hierzu schlagen wir eine landesweite Roadshow vor: »KI für Manager«.
 - **Beratungsgutschein »Quick Check KI« als Anreiz für KMU setzen:** Die Förderung einer Erstberatung hat sich in vielen Bereichen als erfolgreich erwiesen. Im Bereich KI kann hiermit der erste Impuls zu einer nachhaltigen Beschäftigung mit dem Thema gegeben werden. Wir schlagen vor, allen KMUs durch einen Gutschein im Wert von 5.000 Euro die Inanspruchnahme einer KI-Erstberatung zu erleichtern.
 - **Prototypen skalieren:** Vorbilder und Leuchttürme müssen geschaffen und gefördert werden, um den Einsatz von KI im Land voranzutreiben. Baden-Württemberg geht mit seinem Wettbewerb »KI-Champions in Baden-Württemberg« einen ersten Schritt in diese Richtung. Dabei sollte vor allem die Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen gefördert werden. Vorbild kann dabei das Programm »100 Experiments« aus Singapur sein.

3. Digitale Bildung

Die derzeitige Ausnahmesituation für das deutsche Bildungssystem hat gezeigt, dass die Bedingungen für pädagogisch sinnvolles digitales Lernen an vielen Schulen weiterhin noch nicht gegeben sind. Oft fehlt die notwendige Hardware für den Online-Unterricht, Lernplattformen haben keine ausreichenden Kapazitäten, um reibungslose Abläufe zu garantieren und Lehrkräften fehlt es an Unterstützung in Form von qualitativ hochwertigen Online-Lerninhalten und Weiterbildungsformaten. Es hat sich aber auch gezeigt, dass zukünftig nur diejenigen in der modernen Lebens- und Arbeitswelt bestehen können, die über digitale Fähigkeiten verfügen. Die Menschen müssen daher auf ihrem gesamten Bildungs- und Berufsweg auf die digitalisierte Welt vorbereitet werden.

Baden-Württemberg hat diesen Handlungsbedarf erkannt. Wir begrüßen, dass die Schulen in den vergangenen zwei Jahren erste Unterstützung durch den Digitalpakt erhalten haben und während der Pandemie-bedingten Schulschließungen die Beantragung der Mittel vereinfacht wurde. Ausreichender Zugang zu digitalen Bildungsinhalten, Kommunikationsplattformen sowie ganzheitlichen Beratungs- und Fortbildungsangeboten fehlt allerdings weiterhin. Die vom Land zur Verfügung gestellte Moodle-Plattform wird lediglich von rund einem Drittel der Schulen genutzt und kam während des Homeschoolings an seine Grenzen. Es sollte nun zügig eine funktionsfähige Lösung gefunden werden, die auch die Angebote privater Anbieter einschließt. Für die neue Legislaturperiode sollte Baden-Württemberg seine Bemühungen zur Digitalisierung seiner Schulen noch weiter verstärken und vor allem für die Nachhaltigkeit der bisher getroffenen Maßnahmen sorgen. Ziel muss es sein auch über die Corona-Pandemie hinaus Baden-Württembergs Schulen als Smart Schools auszubauen.

Politische Handlungsvorschläge

- **Informatik- und Medienkompetenz durch verpflichtende Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken:** Lehrkräfte brauchen Ausbildungen und kurzfristige Weiterbildung, die es ihnen ermöglicht, Unterricht zeitgemäß und zukunftsorientiert zu gestalten. Dafür müssen entsprechende verpflichtende Lehrinhalte sowohl im Lehrplan der Hochschulen als auch in den Weiterbildungsverordnungen im Schulgesetz verankert werden.
- **Digitale Tools intensiver nutzen:** Die Nutzung der Online-Lernplattformen darf keine Corona-Ausnahmelösung bleiben. Sie müssen flächendeckend an Schulen gebracht werden. Darüber hinaus bedarf es weiterer finanzieller Mittel, die unabhängig vom Digitalpakt als dauerhafte Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssen. Nur durch Investitionen können qualitativ hochwertige digitale Bildungsinhalte angeboten werden.
- **Digitale Bildung im Schulgesetz verankern:** Eine präzise Verankerung des Einsatzes digitaler Lehr- und Lernsysteme sowie hybriden Lernens in den Schulgesetzen sorgt für mehr Klarheit und Transparenz zwischen allen Akteuren im Bildungsbereich. Durch die gesetzliche Verankerung sollte nicht länger das »ob« der Digitalisierung der Bildung, sondern das »wie« im Vordergrund stehen.
- **Verpflichtenden Informatikunterricht in der gesamten Sekundarstufe I einführen:** Damit Schülerinnen und Schüler lernen, verantwortungsvoll und mündig mit digitalen Phänomenen im Alltag umzugehen, sollte Informatik als verpflichtendes Fach ab Klasse 5 eingeführt werden, flächendeckend als Prüfungsfach ins Abitur eingebracht werden können und mit anderen MINT-Fächern gleichgestellt werden.
- **Berufliche Bildung weiterentwickeln:** Die berufliche Bildung muss mit Blick auf immer neue Beruhsanforderungen kontinuierlich weiterentwickelt und dynamisiert werden, um die Attraktivität und Relevanz der veränderten Berufswelt (z.B. App-Economy) zu verdeutlichen. Neben Medien- und IT-Kompetenz müssen dafür auch Methoden- und Problemlösekompetenz stärker gefördert werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den Unternehmen, z.B. durch die Einrichtung von Bildungshubs, muss forciert werden.

4. Arbeitswelt der Zukunft

Die Corona-Pandemie hat der Arbeitswelt einen großen Schub in Richtung Digitalisierung verpasst, auf den wir ansonsten vermutlich noch viele Jahre hätten warten müssen. Unternehmen und Beschäftigte haben die vielen Vorteile von New Work und mobiler Arbeit erkannt und planen auch in Zukunft mit hybriden Arbeitsmodellen. Nicht zuletzt, um mehr Teilhabe am Familien- und Privatleben zu ermöglichen.

Zeitgleich haben uns die vergangenen Monate aber auch vor Augen geführt, wie wichtig IT-Fachkräfte in allen Branchen sind. Bereits heute sind aber 86.000 Stellen für IT-Spezialisten in Deutschland unbesetzt¹, nur jeder siebte Bewerber auf eine Stelle für IT-Spezialisten ist weiblich². Wir müssen diese Lücke zügig schließen und vorhandenes Potenzial viel besser nutzen. Baden-Württemberg ist deutschlandweit das Bundesland mit der viertgrößten Dichte an IT-Spezialisten. Hier arbeiten 3,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Informatiker oder in anderen ITK-Berufen³. Um diese starke Position auch zukünftig zu erhalten oder sogar auszubauen, muss Baden-Württemberg auch den Rahmen für ein innovatives Arbeitsklima schaffen. Deshalb müssen zügig beste Voraussetzungen für heutige und zukünftige IT-Fachkräfte in Baden-Württemberg geschaffen werden – egal welchen Geschlechts, ob selbstständig oder angestellt und ob aus dem Inland oder Ausland. New-Work-Konzepte müssen noch stärker in Unternehmen und Verwaltung ankommen, damit der Arbeitsalltag in Baden-Württemberg innovativer und digitaler wird. Die Weichen, die wir heute stellen, werden maßgeblich über die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg, sondern des Standorts Deutschland insgesamt entscheiden.

Politische Handlungsvorschläge

- **IT-Studiengänge und -Berufe stärken:** Derzeit fehlen der deutschen Wirtschaft 86.000 IT-Spezialisten. Die digitale Transformation aller Branchen wird dazu führen, dass die Nachfrage weiter steigen wird. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Potenziale im Land besser ausgeschöpft und entsprechende Studiengänge gestärkt werden. Der Grundstein zum Erwerb digitaler Kompetenz muss in der Schule gelegt werden. Kinder, insbesondere Mädchen, müssen für IT begeistert werden und digitale Kompetenzen erwerben.
- **Digitale Kompetenzen fördern und Weiterbildungsangebote praxistauglich gestalten:** Digitale Kompetenzen müssen ein Leben lang weiterentwickelt werden. Dazu müssen einschlägige Förderprogramme aufgelegt werden, die unter anderem steuerliche Anreize sowohl für Unternehmen als auch für Erwerbstätige beinhalten. Es gilt zeitgemäße Weiterbildungsangebote zu entwickeln, um allgemeine digitale Kompetenzen und speziell die KI-Kompetenz der Erwerbstätigen zu stärken. Kompetenzerwerb findet im Unternehmen statt. Daher bedarf es flexiblerer Förderinstrumente, die sich unabhängig von Branche oder Unternehmensgröße auf die tatsächliche Weiterbildungsmöglichkeit für die Erwerbstätigen fokussieren.
- **Fachkräfteeinwanderungsprozesse digitalisieren und beschleunigen:** Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland, indem es qualifizierte Einwanderung ermöglicht und den Fachkräftemangel abschwächt. Dafür ist es essenziell, Sprachbarrieren abzubauen und die Betreuung von ausländischen Kundinnen und Kunden in Behörden

1 Bitkom (2020): [↗86.000 offene Stellen für IT-Fachkräfte](#)

2 Bitkom (2018): [↗Frauen in der ITK-Branche 2018](#)

3 Bitkom (2020): [↗Auf 100.000 Beschäftigte kommen 2.600 IT-Spezialisten](#)

in Baden-Württemberg durch englischsprachige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen. Dabei können auch Chatbots unterstützen. Alle behördlichen Prozesse bei der Visa-Beantragung, aber z. B. auch bei der Meldebehörde sollten digitalisiert und in Workflow-Prozessen online abgebildet werden, damit der aktuelle Status jederzeit erfragt werden kann.

5. Gründungsstandort Baden-Württemberg

Innovationen sind ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft und den Wettbewerb in Baden-Württemberg. Startups sind der Motor für solche Ideen und Geschäftsmodelle. Die wertvollsten Unternehmen unserer Zeit sind aber allesamt Startups aus dem Silicon Valley oder Asien. Sie sind zu riesigen Konzernen angewachsen, die den Wert von hiesigen, alteingesessenen Unternehmen in den Schatten stellen. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und deren späteres Wachstum in Baden-Württemberg und Deutschland weiterhin optimiert werden.

Mit der Landeskampagne »Start-Up BW« hat das Land Baden-Württemberg eine Startup-Förderung geschaffen, die dem Land und seinen unterschiedlichen regionalen Startup-Ökosystemen gerecht wird. Dass hierbei der Fokus insbesondere auf Startups im B2B Sektor liegt, ist angesichts der großen Anzahl von KMUs in Baden-Württemberg, unter denen sich zahlreiche Hidden Champions befinden, nur folgerichtig. Zukünftig sollte der Austausch zwischen Startups und potenziellen Kunden – etablierten Unternehmen, aber auch Ämtern und Behörden – noch stärker gefördert werden. Es muss auch in der kommenden Legislaturperiode darum gehen, ein startup-freundliches Ökosystem zu gestalten. Einerseits, damit sich noch mehr junge, innovative Unternehmen in Baden-Württemberg ansiedeln und andererseits, damit diejenigen, die bereits dort sind, erhalten bleiben und erfolgreich wachsen können.

Politische Handlungsvorschläge

- **Bürokratie auf ein Minimum beschränken:** Verwaltungsaufgaben, gesetzliche Auflagen sowie Zwangsmitgliedschaften und Gebühren (IHK, GEZ etc.) sollten bei Startups für vier Jahre auf ein unverzichtbares Minimum begrenzt werden. So wird sichergestellt, dass sämtliche Ressourcen zur Entwicklung des Produktes und Erschließung des Marktes zur Verfügung stehen. Bürokratische Prozesse, wie die Gewerbeanmeldung oder die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, müssen landesweit online verfügbar sein. Es gilt künftig alle im Laufe der Unternehmensgründung benötigten Verwaltungsdienstleistungen zu digitalisieren und in das Angebot eines einheitlichen Ansprechpartners zu integrieren, sodass ein vollumfänglicher und digitaler One-Stop-Shop entsteht, dessen Angebot auch in englischer Sprache verfügbar sein sollte.
- **Mehr Risikobereitschaft in der öffentlichen Vergabe schaffen:** Die Auftragsvergabe an junge und innovative Startups kann ein wichtiger Hebel sein, um die Digitalisierung der Verwal-

tung zu beschleunigen. Daher sollten Eignungsanforderungen öffentlicher Aufträge weg von einer vollständigen Risikoeliminierung hin zu einem angemessenen Risikomanagement und einer Wertschätzung technologischer Innovationen geführt werden. Vergabekriterien, die Startups die Teilnahme am Vergabeverfahren erschweren oder gar verhindern (bspw. mehrere Jahresabschlüsse, Referenzen oder Mindestumsätze), sollten überarbeitet werden.

- **Förderprogramme stärken und weiter ausbauen:** Förderprogramme für Startups, wie bspw. »Start-up BW Pre-Seed« oder »Start-up BW Pro-Tect«, sind sinnvolle Maßnahmen um innovative Unternehmen in ihrer Frühphase sowie unter dem Eindruck der Corona-Pandemie zu unterstützen. Startups mit größerem Kapitalbedarf, die von der Säule II des Startup-Schutzschildes profitieren, konnten erst verspätet, im September 2020, einen entsprechenden Antrag stellen. Deshalb gilt es nun dafür zu sorgen, dass die Beantragung und Abrechnung der Förderprogramme einfach, unbürokratisch und schnell abläuft.

6. Digitalisierung der Verwaltung

Die staatliche Verwaltung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der digitalen Transformation in Baden-Württemberg und ganz Deutschland ein. Eine erfolgreiche digitale Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft baut auf einer reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Staat auf – dies hat die Corona-Pandemie in den vergangenen Monaten nur zu gut verdeutlicht. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer die Digitalisierungsstrategie »digital@bw« erarbeitet hat, die »Digitale Zukunftskommunen und Verwaltung 4.0« als Schwerpunktthema adressiert.

Zentraler Erfolgsfaktor für die Digitalisierung der Verwaltung ist die zügige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), das Bund und Länder verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Als zentrale E-Government-Plattform ist »service-bw« eine tragende Säule bei der OZG-Umsetzung. Auf der Plattform sind erste digitale Verwaltungsleistungen abrufbar. Darüber hinaus ist der sogenannte Universalprozess in die Plattform eingebettet. Mit diesem können Kommunen nach dem Baukastenprinzip aus verschiedenen Lösungen, Formularen und Modulen eigenständig individualisierte Online-Verwaltungsleistungen erstellen und anbieten.

Der Weg zu einem modernen, krisenfesten und zukunftsfesten Staat endet aber nicht allein damit, das Onlinezugangsgesetz vollständig umzusetzen. Der Wandel muss tiefgreifender sein, Verwaltungsprozesse müssen von Grund auf neu gedacht und ausgerichtet werden. Ziel muss es sein, Verwaltungen zu flexiblen und agilen Dienstleistern umzubauen, die Transparenz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zu steigern und den Staat als Arbeitgeber attraktiver zu machen. In diesem Zusammenhang sind die folgenden Handlungsfelder in den Blick zu nehmen:

Politische Handlungsvorschläge

- **Zugang zu Verwaltungsleistungen vollumfänglich digitalisieren und in der Breite verankern:** Ziel der kommenden Jahre muss eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung sein. Hierfür müssen die auf »service-bw« angebotenen Verwaltungsleistungen weiter ausgebaut werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollten über ein einheitliches Servicekonto alle Verwaltungsleistungen vorfinden können. Moderne Bezahlverfahren, etwa per Smartphone, sollten dabei mitgedacht und in die Verwaltungsabläufe integriert werden.
- **Once-Only-Prinzip verankern:** Die Verwaltung muss in die Lage versetzt werden, ihre Verfahren nach dem Once-Only-Prinzip zu modernisieren. Bestehende Register sollten für einen besseren Informationsaustausch vernetzt werden. Wichtigste Voraussetzung dafür ist die Registermodernisierung. Sie vereinfacht den Austausch von häufig genutzten Basisinformationen und schafft die Möglichkeit der eindeutigen Identifikation über mehrere Register hinweg.
- **Schriftformerfordernisse abbauen:** Verwaltungsdienste sind nutzerorientiert anhand von Lebenslagen zu digitalisieren. Auf Schriftformerfordernisse und Anordnungen des persönlichen Erscheinens ist noch mehr als bisher zu verzichten.
- **Öffentliche Beschaffung weiter digitalisieren:** Elektronische Rechnungen können nur ein erster Schritt bei der vollständigen Digitalisierung der Beschaffungsprozesse im öffentlichen Sektor darstellen. Für einen starken digitalen Staat ist eine konsequente Digitalisierung von der Bedarfsmeldung bis zur Zahlung erforderlich, dies umfasst auch die Nutzung strukturierter, elektronischer Bestellformate wie Order-X.
- **Verwaltungskultur von innen verändern:** Die digitale Transformation der Verwaltung benötigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte, die über entsprechende Kompetenzen verfügen und für Innovation brennen. Im Wettstreit um IT- und andere hochqualifizierte Fachkräfte konkurriert die Verwaltung mit Unternehmen. Modern ausgestattete Arbeitsplätze, Arbeitszeitmodelle und Führungskulturen sind dabei ebenso kritische Erfolgsfaktoren wie die Schaffung einer grundsätzlich innovationsorientierten Verwaltungskultur.

7. Smart City und Smart Region

Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche des Lebens und Wirtschaftens im Ländle. Durch digitale Plattformen und neue Angebote in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wie Energie, Mobilität, Gesundheit oder Bildung steigert sich die Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land. Den Erfolg Baden-Württembergs in Sachen Digitalisierung belegt der Smart City Index 2020 des Bitkom. Städte in Baden-Württemberg schneiden im Mittel besser ab als der Durchschnitt. Von 9 Großstädten schaffen es 6 in die Top 20. Karlsruhe ist bundesweit Spitzenreiter im Bereich Verwaltung. Heidelberg führt die Liste im Bereich Energie und Umwelt an. Es wird deutlich: Die Großstädte in Baden-Württemberg profitieren erheblich von einer guten Landes-

förderungen und landesweiten Digitalprojekten wie den »Digitallotsen« oder der Digitalisierungsstrategie »digital@bw«. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die starke Kooperation von Kommunen mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Baden-Württemberg zeichnet sich als Flächenland durch den Gegensatz von Großstädten und Metropolen sowie stark ländlichen Regionen aus. Nachdem die Digitalisierung in Großstädten erfolgreich vorangetrieben wurde, gilt es nun, die Digitalisierung auch in ländlichen Regionen in die Fläche zu bekommen und alle Akteure mitzudenken.

Politische Handlungsvorschläge

- **Digitalisierung ländlicher Regionen stärken:** Baden-Württemberg hat die Digitalisierung der 1.100 Kommunen in den vergangenen Jahren positiv vorangetrieben. Unterschiedliche Förderprogramme wie »Digitale Zukunftskommune@BW« sowie die Digital Akademie Baden-Württemberg förderten Städte, Gemeinden und Landkreise bei Digitalstrategien und -projekten. In einem nächsten Schritt sollten die Erkenntnisse dieser Projekte nun verstärkt in die Fläche gebracht sowie für zukünftige Regierungsprogramme berücksichtigt werden. Im Fokus sollten in den kommenden Jahren im Besonderen ländliche Regionen und kleine Gemeinden stehen.
- **Klimaziele durch Kooperationen von Unternehmen, Wissenschaft und Kommunen voranbringen:** Digitale Städte und Regionen sind bei der Erreichung der deutschen Klimaziele von hoher Bedeutung. Digitale Lösungen auf Basis von Green IT können maßgeblich dazu beitragen, den Ressourcenverbrauch in Städten zu verringern, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und somit dem Klimawandel entgegenzuwirken. Digitale Unternehmen mit ihren Technologielösungen werden so wichtige Innovations- und Kompetenzpartner für eine gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Kommunen und Regionen sollten Kooperationen mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen daher weiterhin fördern, wie es an vielen Universitätsstädten bereits der Fall ist.
- **Durch Masterplan »Digitale Kommune« Finanzierung der Digitalisierung neu aufstellen:** Corona ist ein Stresstest für Städte und Gemeinden. Sie werden vor ungeahnte finanzielle Herausforderungen gestellt und erleben eine wirtschaftlichen Schieflage. Damit die Modernisierung digitaler Infrastruktur nicht ausbleibt, muss die Finanzierung der Digitalisierung von Kommunen daher langfristig gesichert sein. Statt lediglich eine Kompensation krisenbedingter Ausfälle von Gewerbesteuereinnahmen, sollte das Land die Finanzierung von Digitalprojekten langfristig sicherstellen.
- **Digitalisierung der öffentlichen Sicherheit durch verstärkte Kooperationen voranbringen:** In der digitalisierten Welt ist es essenziell, schnell und gut auf Bedrohungen aus dem Cyberraum reagieren zu können. Hierzu ist eine enge Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft notwendig. Denn durch den kontinuierlichen Austausch von Wissen und Kompetenzen wird ein wichtiger Beitrag zur Prävention und Bekämpfung von Cybercrime geleistet. Die Sicherheitskooperation Cybercrime zwischen dem Bitkom und dem Landeskriminalamt Baden-

Württemberg ist hierfür wichtiger Baustein. Um die Digitalisierung der Polizei auch darüber hinaus weiter voranzubringen braucht es zudem mehr finanzielle Mittel und gut ausgebildete Fachkräfte.

8. Mobilität der Zukunft

Als »Automobilland« auf dem besten Weg zum »Mobilitätsland« ist die Mobilität ein zentrales Thema für Baden-Württemberg. Mit intelligenten Mobilitätslösungen können sich Bürgerinnen und Bürger einfacher in der Stadt und auf dem Land bewegen, gleichzeitig werden grundlegende Strukturen für die baden-württembergische Wirtschaft erhalten. Mit der landesweiten Digitalisierungsstrategie »digital@bw« gibt das Land wichtige Impulse für innovative Mobilitätslösungen. Das Testfeld für autonomes Fahren in Karlsruhe (TAF-BW) ist ein bedeutender Schritt, um den Verkehr sicherer zu gestalten und auch die intelligente Vernetzung und Nachhaltigkeit in der Smart City und Smart Region zu fördern. Nicht zuletzt mit dem Bestreben, Mobilitätsdaten stärker zu nutzen, um ein digitales und nachhaltiges Mobilitätssystem zu schaffen, schlägt Baden-Württemberg den Weg der Zukunft ein.

Dieses Engagement gilt es langfristig beizubehalten, um Baden-Württemberg auch weiterhin nachhaltig als Mobilitätsstandort zu stärken. Es muss in der kommenden Legislaturperiode darum gehen, das innovationsfreundliche Klima weiter zu stärken und die Chancen, die die Digitalisierung für Unternehmen und Bevölkerung bietet, weiter zu nutzen.

Politische Handlungsvorschläge

- **Grundvoraussetzungen für intelligente Mobilität schaffen:** Es muss eine bedarfsgerechte, flächendeckende Infrastruktur entstehen, die den Boden für ein modernes und vernetztes Mobilitäts-Ökosystem bereitet. Nur durch digitale Infrastrukturen kann Mobilität langfristig verbessert werden. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf intelligenten Mobilitätslösungen im ländlichen Raum liegen, um Ballungs- und Mittelzentren stärker zu vernetzen und somit den drohenden Verkehrskollaps durch Pendlerverkehre zu verhindern.
- **Anreizbasierten Datenaustausch ermöglichen:** Die Mobilität der Zukunft ist datengetrieben. Da Daten aber das geistige Eigentum der Mobilitäts-Unternehmen sind, muss auf Detailebene geklärt werden, welche der Daten kostenfrei mit Dritten geteilt werden sollten und welche Daten weiterer Regelungen bedürfen, beispielsweise im Rahmen anreizbasierter sowie vertragsbasierter Ansätze wie im »Datenraum Mobilität«. Um Mehrfachregulierungen zu vermeiden, sollten zudem die Bestrebungen auf Bundesebene einbezogen werden. Nur so wird einem Level-Playing-Field zwischen öffentlichen und privaten Mobilitätsdienstleistern Rechnung getragen werden. Und nur wenn alle Seiten profitieren, wird es auch mehr Kooperationen zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen geben.

- **Autonomes Fahren von der Teststrecke auf die Straße bringen:** Die Bundesregierung plant derzeit ein Gesetz, das den Einsatz autonomer Fahrzeuge ermöglichen soll. Es bietet die Chance, Fahrer von Routineaufgaben zu entlasten, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, neue Möglichkeiten im Personen- und Güterverkehr zu schaffen und zur Steigerung der Verkehrseffizienz und zur Reduzierung der Umweltbelastung beizutragen. Baden-Württemberg sollte sich für die zügige Umsetzung des Gesetzes und den rechtssicheren Betrieb fahrerloser Fahrzeuge auf Bundesebene einsetzen, um autonome Fahrzeuge schnellstmöglich von der Teststrecke auf die Straße holen.

9. Gigabitgesellschaft

Baden-Württemberg und Deutschland stehen vor der Aufgabe, eine im weltweiten Maßstab wettbewerbsfähige digitale Infrastruktur zu schaffen. Dies ist Voraussetzung für zukünftige Wachstumschancen in einer zunehmend vernetzten und digitalen Wirtschaft. Insbesondere in Baden-Württemberg als Flächenland wird die Breitbandversorgung zu einem unerlässlichen Bestandteil um die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen sowohl in städtischen wie auch weniger dicht besiedelten Gebieten zu garantieren. Die Corona-Pandemie belegt, wie sehr Wirtschaft und Gesellschaft auf hochleistungsfähige Telekommunikations-Netze angewiesen sind. Die Digitalisierung schafft vielfältige Potenziale wie vernetzte Verkehrslösungen, intelligente Stromnetze, Telemedizin und digitale Verwaltung. Für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Industrie, digitale Wirtschaft und darauf basierenden Anwendungen fast aller anderen Wirtschaftszweige stellen die Telekommunikationsnetzbetreiber in Deutschland zukunftsfähige und sichere digitale Netze zur Verfügung. Diese müssen Datenübertragungsraten im Gigabitbereich und eine Echtzeit-Reaktionsfähigkeit ermöglichen. Im Mobilfunk und Festnetz sind dies 5G-Netze sowie glasfaserbasierte, gigabitfähige Netze. Deren Ausbau gilt es in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren entschlossen durch die richtigen Rahmenbedingungen voran zu treiben.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Maximales privatwirtschaftliches Engagement generieren:** Politisches Ziel muss der schnelle Ausbau von glasfaserbasierten, gigabitfähigen Netzen bis in die Häuser, Wohnungen, Betriebe und öffentliche Einrichtung sein. Privat vor Staat muss dabei Leitprinzip bleiben. Verlässliche und investitionssichernde Rahmenbedingungen sind hierfür unerlässlich. Marktlösungen, Investitionsoffensiven und Kooperationen sowie freiwilliger Open-Access der Netzbetreiber bei gleichzeitiger Sicherung wirksamen Wettbewerbs zahlen hierauf ein.
- **Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen:** Schnellerer Glasfaser- und Mobilfunk-Ausbau braucht einfachere, standardisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren. Ziel muss u.a. die vollständige Digitalisierung aller wegerechtlichen Genehmigungsprozesse für Fest- und Mobilnetze sein. Zudem sollte das Potenzial alternativer Verlegetechniken, einschließlich einer größeren Akzeptanz oberirdischer Kabelverlegung,

deutlich stärker ausgeschöpft werden.⁴ Der 5G-Rollout wird eine Vielzahl neuer Mobilfunkstandorte erfordern, für welche einfache und schnelle Genehmigungsverfahren erforderlich sind. Baufreigaben durch die Kommunen müssen schneller und einfacher werden. Eine Anzeigepflicht statt einer Zustimmungserfordernis kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Der Einsatz schnellerer Verlegeverfahren darf nicht an Widerständen vor Ort scheitern, wenn ein beschleunigter Ausbau gelingen soll.

- **Öffentliche Fördermittel für ländlichen Raum bereitstellen:** Die staatliche finanzielle Förderung des Netzausbaus muss weiterhin das letzte Mittel bleiben und darf den eigenfinanzierten Ausbau der Unternehmen nicht verdrängen, verzerren oder gar entwerten. Um flächendeckend schnelle Internetverbindungen im ländlichen Raum sicherzustellen, ist die öffentliche Hand aber dort gefragt, wo ein wirtschaftlicher Ausbau perspektivisch nicht machbar ist. Hierbei müssen mögliche Initiativen des Landes Hand in Hand mit der Bundesförderung gehen. Es gilt eine Priorisierung durch ein abgestuftes und zeitlich gestaffeltes System im Sinne einer intelligenten Steuerungslogik bei der Förderung vorzusehen.
- **Komplementärtechnologien miteinbeziehen:** Für Haushalte in Einzellagen, in denen der Glasfaserausbau mit unverhältnismäßig hohen Kosten einhergeht, müssen komplementäre Technologien (z.B. Breitbandinternet via Satellit, Richtfunk oder Mobilfunk) zur Versorgung miteinbezogen werden. Für abgelegene Haushalte in Einzel- oder Randlagen, die ansonsten in den nächsten Jahren unversorgt blieben, sollte eine Einzelfall- bzw. Voucher-Förderung für die Versorgung mit Satelliten-/Funklösungen implementiert werden.

4 Siehe hierzu auch [»Glasfaserausbau in Deutschland: Beschleunigungspotenziale auf kommunaler Ebene«](#), sowie [»Verlegetechniken für den Breitbandausbau«](#).

Bitkom vertritt mehr als 2.700 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 2.000 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, mehr als 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.**

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
F 030 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

bitkom